

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 3

Artikel: Freiheit und Schicksal in der Wirtschaft

Autor: Jaspers, Karl

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076839>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Freiheit und Schicksal in der Wirtschaft

Vortrag von Prof. Dr. Karl Jaspers, Basel

gehalten am Jubiläums-Bankiertag,
6. Oktober 1962, in Basel

Sie haben mich, einen in der Wirtschaft Sachkundigen, aufgefordert zu sprechen. Daher denke ich: Sie wollen hören, wie die Dinge aussehen können, wenn einer aus weitem Abstand nur die Umrisse des fernen Gebirges der Wirtschaft wahrnimmt, und wie er es in die bewegte Landschaft eingefügt sieht, die heute unser Menschen-dasein ist.

Das Schwinden des Geldwertes

Sohn eines Bankdirektors habe ich als Knabe Ende des vorigen Jahrhunderts etwas von Bankluft gespürt. Mein Vater, einer der drei Direktoren einer Depositenbank in meiner Heimat Oldenburg, war Amtshauptmann gewesen. Er dachte als Bankdirektor wie ein Beamter. Das Bankgeschäft war Geldverwaltung. Spekulation war der Ausdruck für etwas, das man meiden sollte. «Wie kann man mit so viel Geld nur so wenig verdienen», sagte der Chef einer Bremer Privatbank angesichts einer Bilanz dieser Oldenburgischen Spar- und Leihbank. Als ein Kunde bei einer neuen ihm zu gewährenden Hypothek höheren Zins erwartete, sagte mein Vater: diese kurzfristigen Schwankungen machen wir nicht mit. Bei Beratung der Kunden wurden die Ersparnisse verteilt. Auch einiger-massen übersehbare Aktien wurden für Daueranlage guteheissen, vor allem aber mündelsichere Papiere. Nichts besseres gab es als preussische Konsols.

Diese Zeit ging 1914 zu Ende. Heute mutet sie an wie ein Märchen. Die Stabilität des Geldwertes war so selbstverständlich, dass man gar nicht danach fragte. Begriffe wie Inflation und Deflation kannte man nicht.

Die Münzverschlechterungen von der römischen Antike bis zu den Kipfern und Wippern im 17. Jahrhundert, John Law's Unternehmungen in Frankreich, die Assignaten der französischen Revolution, das waren vorübergehende lokale Ereignisse vom Charakter zum Teil des Betrugs, zum Teil irriger Theorie. Heute ist etwas anderes im Gange. Das bezeugt der universale Charakter der ständig fühlbaren, jährlich festgestellten schleichenenden Inflation. In den sieben Jahrhunderten von etwa 1200 bis 1890 sind in Europa die Preise (in Gold) unter Schwankungen nur um das 4½fache gestiegen, ohne dass die Zeitgenossen es merkten. Heute hat die Infla-

tion das Verhältnis zum Geld verändert. Der Sparger muss, durch jede Anlage seines Ersparnen, faktisch spekulieren. Das Sparen selber ist in seinem Sinn zweifelhaft geworden. Der Frage, ob die Inflation ein Symptom oder eine Ursache des Prozesses ist, in dem für das Lebensgefühl alles ins Gleiten gekommen ist, gehe ich nicht nach. Man möchte wissen, welche Ursachen diese Unflation hat. Ueber die Herkunft des Geldwertes sagt Knapp: Der Staat setzt den Geldwert. Das Vertrauen zum Staat erzeugt das Vertrauen in die Währung. Wenn das richtig ist, so hat es doch zwei Grenzen:

Erstens: Der Staat kann den von ihm gesetzten Geldwert nicht festhalten, wenn er selbst betrügt, sei es durch Missbrauch der Notenpresse, sei es durch Manipulationen, wie die seinerzeit berühmten Mefo-Wechsel Schachts. Er kann es auch nicht, wenn in freier Wirtschaft private Banken Buchgeld schaffen über das Mass des von der Volkswirtschaft faktisch Ersparnen hinaus.

Zweitens: Er kann den Geldwert nur für sein Territorium festsetzen. Im Verkehr zwischen den Staaten bildet sich ein Geldwert, der nicht auf staatlicher Festsetzung beruht. Dieser Geldwert unterliegt heute der schleichenenden universalen Inflation, die infolge staatlich verschiedener Situationen und Massnahmen nur ihrem Grade nach, allerdings erheblich, schwankt.

Solche Überlegungen führen in die Bereiche der imponierenden wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnis, in der nur der Fachkundige sich zurechtfinden kann. Doch man sieht: Die Wissenschaft kann zwar viele Kenntnisse für die Praxis des Wirtschaftlers und Wirtschaftspolitikers zur Verfügung stellen. Sie vermag aber nicht, wie die Stabilität des Geldwertes wieder herzustellen sei, so anzugeben, dass man nach dem Verfahren das Ziel erreichen könnte.

Die Wissenschaft sagt etwa: Die Inflation beruht auf Methoden banktechnischer Geldschöpfung, oder auf der Lohn-Preis-Spirale. Auf Grund solcher Erkenntnis wird beurteilt: Will man die Stabilität des Geldwertes, so dürfen Banken nicht Kredit geben auf Grund künstlicher, über das real Fundierte hinausgehender Geldschöpfung, dürfen Gewerkschaften nicht Lohnerhöhungen fordern, die nicht aus dem faktisch erreichten Gewinn gezahlt werden können, dürfen Unternehmer die Preise nicht erhöhen, nur um ihren Gewinn zu steigern oder um verantwortungslos zugestandene Lohnerhöhungen auszugleichen.

Aber man hört: Ist die Stabilität des Geldwertes ein unverrückbares Ziel? Geldwert ist nur Mittel. Letztes Ziel ist die Höhe der Produktion und Konsumtion. Auf die Wirtschaftsblüte, nicht auf die Stabilität des Geldwertes kommt es an. Die schleichende Inflation könnte die Bedingung der ständig wachsenden Wirtschaftsblüte sein. Daher die Forderung: Unter der Voraussetzung, dass ihr die maximale Wirtschaftsblüte wollt, haltet euch an diese, nicht an das Geld! Man soll die Inflation verlangsamen, weil Ueberstürzung Stimmung und Vertrauen verdirtbt. Aber man soll sie nicht grundsätzlich verneinen, vielmehr die Stabilität des Geldwertes opfern zugunsten des höheren Gesamtinteresses der Wirtschaft überhaupt.

Dagegen sagen andere: Ohne festen Geldwert ist die freie und soziale Marktwirt-

schaft nicht möglich. Auch das langsame Wachsen der Inflation muss irgendwann zum Bankrott der freien Marktwirtschaft führen. Daher sei jene Theorie die Theorie des Teufels, der den Weg zur Katastrophe in den Schein der Blüte verhüllt, nur um dadurch umso sicherer die freie Marktwirtschaft in den Abgrund zu führen. Das zu verhüten, dürfe nicht die maximale Produktion das letzte Ziel sein, sondern ist energische Konjunkturdämpfung zugunsten des Geldwertes nötig. Aber der Widerstand gegen eingreifende Massnahmen scheint gewaltig.

In dem Wirbel dieser endlosen Argumentationen sehen wir das Ineinander von Erkenntnis und Interesse. Erkenntnis ist partikular und hypothetisch. Sie stellt ihre Forderungen in der Form: wenn ihr dies wollt, müsst ihr das tun. Sie erkennt nicht das Ganze. Interesse aber setzt sich als ein Ganzes, das sich zum Maßstab macht. Erkenntnis trifft das Allgemeine, das Interesse handelt geschichtlich in konkreter Situation.

Diese geschichtlichen Handlungen macht die Wissenschaft zum Gegenstand ihrer Analyse, ohne sie nach Herkünften und Motivationen und nach ihren Folgen erschöpfen zu können. Wir erleben die vielen Handlungen, die im letzten halben Jahrhundert den Geldwert haben sinken lassen oder infolge Beiseiteschieben einfachen Wissens Wirtschaftskrisen herbeiführten. Ich greife heraus: Staaten vollzogen Akte, die im privaten Leben als Betrug gelten, und zwar durch persönlich anständige Menschen. Helfferich finanzierte den Krieg 1914 als Reisschattsekretär nicht durch Steuern, sondern durch Anleihen. Als die Preise stiegen, wurde mit Pathos verkündet: «Mark ist gleich Mark». Wer es nicht zugab, galt nicht nur als uneinsichtig, sondern als schlechter Patriot. England wertete 1931 durch Abweichung vom Goldstandard das Pfund ab, andere Staaten folgten. Während der Weimarer Republik wurden kurzfristige Anleihen aus Amerika genommen, teils zur Zahlung von Kriegsschulden, teils zu langfristigen Investitionen, so dass 1929 plötzlich die Wirtschaftskatastrophe der nicht genügend fundierten kurzen deutschen Wirtschaftsblüte eintrat.

Wissenschaft und Freiheit

Damit kommen wir auf einen wesentlichen Punkt: Oekonomische Erkenntnis sagt, was und warum etwas geschieht. Die Ereignisse des wirklichen Geschehens zeugen von Akten der Freiheit.

Daher stehen wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnisse in einer Spannung: Kausalzusammenhänge zeigen heißt nicht Freiheit erkennen. Wissenschaft will nicht moralisieren, sofern sie es mit dem Menschen als Naturwesen und mit den Situationen und Wirkungen zu tun hat, die sein Wollen und Wissen entstehen und ihm dann wie Naturgegebenheiten begegnen. Aber sie berührt doch den Menschen als handelndes Wesen, das das Gewissen seines Willens hat.

Die Wissenschaft drängt rein zu werden, aber ihre Theorie ist nicht harmlos. Denn sie ist selber alsbald Faktor und Rechtfertigung von Handlungen.

Freiheit des Menschen, nicht ein Naturgesetz spricht aus dem Wirtschaftsethos. Dieses nicht aus der Wirtschaft selber entstehende aber sie formende Ethos kann

Das Verhältnis von Wirtschaft und Politik richtig zu erkennen ist Voraussetzung zu allen konkreten Massnahmen ihrer Koordination, wie wir sie fordern. Die Rede Karl Jaspers in Basel ist uns daher ein wertvolles Dokument, das wir unseren Lesern als eindringliche Untersuchung der Ausgangslage empfehlen.

für die Produktivität hemmend oder fördernd, erwerbsstörend oder erwerbssteigernd wirken.

Das berühmteste Beispiel ist das von Max Weber erforschte Wirtschaftsethos des Calvinismus, das in den Anfängen des modernen Kapitalismus eine ihn fördernde Rolle gespielt hat. Die innerweltliche Askese das heisst der Verzicht auf den Genuss des Arbeitseinkommens und die Forderung strenger Lebensführung wegen des ewigen Seelenheils, führte bei Unternehmern und Arbeitern sowohl zu einer methodischen, kalkulierenden Arbeitsweise, wie zu stän-

digem Sparen, d. h. Investieren. Das industrielle Unternehmen wurde mächtig gefördert. Die Ehrlichkeit zog die Kunden an. Die gläubigen Unternehmer und Geschäftsleute wurden reich, ohne es zu beabsichtigen.

Ueber den sittlichen Charakter der Wirtschaft entscheiden die übergreifenden Ziele. Die Wirtschaft ist nicht Selbstzweck. Welches sind diese Ziele? Etwa: Man will leben, auf möglichst hohem Lebensstandard, will die vielfachen Genüsse, will sich zeigen, will sein gesellschaftliches Prestige. Alles dieses aber bleibt nichtig, weil es kein Mass in sich hat. Erst die Bindung an ein Uebergeordnetes gibt den Sinn durch Erfüllung von einem Anderen her.

Wird die Eigengesetzlichkeit des Wirtschaftlichen nicht unter Bedingungen gehalten, so geschieht in ihm dasselbe wie in anderen Bereichen, etwa: Wissenschaft als Selbstzweck, l'art pour l'art, ein guter Vers ist ein guter Vers. Aber mit solcher Isolierung zu Eigengesetzlichkeit geht trotz grosser Einzelleistung und verführernder Wirkung doch der eigentliche Sinn von Dichtung, Wissenschaft, so auch von der Wirtschaft verloren, vielleicht in einem luziferischen Glanze.

Die Betonung der Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft kennt die Wendungen «Geschäft ist Geschäft» und «wenn ich es nicht mache, macht's ein anderer». Die Freiheit der wirtschaftlichen Handlungen aber wird aus tieferem Ursprung geführt. Er erzeugt in der Wirtschaft erst die Dauer. Er verwehrt dem Menschen, mit der Inflation, an die in Produktion und Konsumtion kreisende blosse Gegenwärtigkeit sich zu verlieren, sich in der schnellen Auswechselbarkeit von allem des Bodens zu berauben, schliesslich in Treulosigkeit dem Nichts sich preiszugeben.

Zu dem aufbauenden und bewahrenden Gang der Dinge genügt nicht schon die Anständigkeit. Sie ist in Gefahr, die Dinge treiben zu lassen, ohne selber Böses zu tun. Erst die Verantwortung, die aktiv die Initiative ergreift, hilft. Wir sind heute in dem gewaltigen Betrieb geneigt, Entscheidungen auf den andern, auf eine Instanz, auf einen Vorgesetzten, auf ein Kollektiv, auf eine Mehrheit abzuwälzen. Man erwartet lieber ab, bis die Situation etwas erzwingt, statt in Voraussicht auf Freiheit zu tun, was den Mut der Verantwortung fordert. Ist die Situation da, so sagt man: es geht nicht anders, d. h. man beruft sich auf Zwang, nicht auf die Freiheit der rechtzeitigen Vernunft.

Die Inflation ist auch die Folge davon, dass soziale und wirtschaftliche Kämpfe nicht wirklich ausgefochten werden. Man weicht ihnen aus durch Beschreiten der Wege das geringsten Widerstandes. Man macht falsche Kompromisse, die im Augenblick den Beteiligten Vorteile und Ruhe bringen, aber ein Steigen der Inflation zur Folge haben, ohne dass dies sogleich schon fühlbar ist. Die Freiheit hat versagt.

Bedrohung durch die totale Herrschaft
Was geschieht in dem Abgrund, in den die freie Wirtschaft durch Missbrauch der Freiheit treiben könnte? Woran ich bisher erinnerte, das klang, als ob wir in der freien Welt mit uns allein seien. Aber vor den Toren steht die totale Herrschaft, die Gewalt, die die Welt unterwerfen will. Sie hat sich mit der Heilslehre verbunden, an die heute auch bei uns viele zu verfallen scheinen, die nicht mehr oder noch nicht

wissen, was Freiheit ist, und die vor dem Abgrund den Terror einer Ordnung des Apparats anbietet, wenn diese Ordnung in Freiheit nicht gefunden werden konnte.

Der Gegensatz zwischen Ost und West ist nicht ein Gegensatz der Völker. Er ist auch nicht der Gegensatz von Kapitalismus und Kommunismus, denn als blosse Wirtschaftsformen könnten sie sich annähern. Der Gegensatz hat seine furchtbare Bedeutung allein darin, dass politische Freiheit und totale Herrschaft nicht zu versöhnen sind. Nationalsozialismus und Bolschewismus, obgleich ganz verschieden durch Völker und Ideologien und Wirtschaftsformen, sind im Prinzip der Herrschaft und ihrer Methoden identisch. Totale Herrschaft ist ein im technischen Zeitalter möglich gewordenes Staatsprinzip. Das Wissen davon ist noch nicht in das allgemeine Bewusstsein gedrungen.

Dieses Prinzip nennt sich heute im Osten Kommunismus. Es klagt den Westen als Kapitalismus an. Was bedeuten diese Worte? Kommunismus ist die Idee vom irdischen Heil der Menschen durch vollkommene Gerechtigkeit und Freiheit und Gleichheit. Alle stehen unter Arbeitsnotwendigkeit, alle erhalten den gleichen Genuss des Sozialprodukts. Diese uralte Idee hat Sinn als Massstab der Beurteilung und als Triebkraft, um die Zustände zu verbessern.

Etwas ganz anderes ist der kommunistische Marxismus. Er glaubt als Endziel das Mysterium des verwandelten Menschen, der im Ueberfluss hervorgebrachter Güter ohne Gewalt, ohne Staat, durch eine natürliche, nicht erzwungene Ordnung leben kann. Wie das frühe Christentum in Verlegenheit kam, weil das erwartete Weltende mit dem Reiche Gottes nicht eintrat, so dieser Kommunismus, weil das irdische Paradies ausbleibt und der nicht aufhörende Übergang dorthin immer grössere Schrecken hervorbringt. Was aber ist Kapitalismus? Wir brauchen nicht von den vielen einzelnen kapitalistischen Erscheinungen in den Jahrtausenden zu sprechen. Der moderne Kapitalismus ist zunächst dadurch charakterisiert, dass die Kalkulation bis zum Aeussersten getrieben wird. Sämtliche Kosten, auch der Arbeitslohn, werden als Grössen eingesetzt. Aber das Wesentliche ist, dass der Kapitalismus das Mittel zur Befriedigung des Alltagsbedarfs der Massen durch Konsumgüter geworden ist. Das geschah seit der Mitte des 19. Jahrhunderts infolge der Herstellung der meisten Güter durch die Technik. Bis dahin liess sich der kapitalistische Sektor aus dem Wirtschaftsleben streichen, ohne allzu grosse Veränderung des Gesamtzustandes. Heute ist der Kapitalismus identisch mit dem Wirtschaftsleben überhaupt. Ihn zu streichen würde Untergang der Wirtschaft bedeuten.

Wirtschaftsgeschichtlich ist nun der Unterschied der kommunistischen und der freien Wirtschaft ein Unterschied innerhalb des modernen Kapitalismus, nämlich der Unterschied von Staatskapitalismus und Privatkapitalismus. Die Totalitären als zunächst unternentwickelte Gebiete holen durch planmässige Organisation die technische Entwicklung nach, die sie als Ergebnis der Freiheit des Abendlandes vorfinden.

Was im Westen Schritt für Schritt geschah, wird im Osten plötzlich für die gesamte Bevölkerung hergestellt: die Technisierung des Lebens. Das wurde klar in den ersten Jahren der russischen Revolution. Nach der Zeit des gläubigen aber chaotischen Kriegs-

Curriculum der Woche



KARL JASPER

Der in Oldenburg geborene Philosoph wird am 23. Februar 80 Jahre alt. Seine wissenschaftliche Laufbahn begann er an der Universität Heidelberg als Psychiater und (1916) Professor der Psychologie, übernahm aber ab 1921 dort den Lehrstuhl für Philosophie. Seit 1948 ist er Philosophieprofessor in Basel. Berühmtheit erlangte er durch seine eigene Ausprägung der Existenzphilosophie als «Existentialist». Unter seinen Werken figurieren namentlich «Philosophie» (3 Bände, 1931), «Vernunft und Existenz» (1935), «Existenzphilosophie» (1938), «Von der Wahrheit» (Philosophische Logik, 1947), «Der philosophische Glaube» (1948), «Die grossen Philosophen» (1957).

Als Philosoph ist Jaspers auch mit dem Zeitgeschehen eng verbunden. Die totalitaristischen Ausprägungen und ihr Gegensatz zu freiheitlichen Formen ist von ihm untersucht worden und steht in enger Beziehung zum konkreten Vergleich zwischen den heutigen zwei Welten und ihrem Kampf. Von grosser politischer Bedeutung sind seine Werke «Die (deutsche) Schuldfrage» (1946), «Wahrheit, Freiheit und Friede» (Rede zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels, 1958) und vor allem «Die Atom bombe und die Zukunft des Menschen» (Piper-Verlag, 1958).

kommunismus, der das Paradies gleich wollte eintreten lassen, führte Lenin in grosser wachsender Not seit 1921 den Kapitalismus unter dem Namen der «Neuen ökonomischen Politik» wieder ein. Geldwirtschaft, Privateigentum, Handel wurden wieder legitimiert. Es wurde eine Kreditorganisation geschaffen. Die neu gegründete Staatsbank gab Noten aus. Aber die Banken hatten nun eine andere Funktion als im Westen. Sie wurden Kontrollstellen für die staatlichen Wirtschaftspläne, Verrechnungsstellen der Wirtschaft. Massgebend ist nicht die Kreditwürdigkeit von Kunden, auch nicht der Geschäftsgewinn der Banken, nicht einmal in jedem Falle die Rentabilität, sondern die jeweiligen Absichten der Planwirtschaft, die zugleich wirtschaftliche und politische Gründe haben.

Heute ist die Zwangslage der Arbeiter unter der Peitsche des Terrors so erbarmungslos, wie in den Anfängen der kapitalistischen Industriewirtschaft durch die Peitsche des Hungers. Der Arbeiter hat unter totaler Herrschaft kein Streikrecht; er kann nicht kämpfen. Im Westen aber ist heute der Arbeiter in einem Masse frei und wohlhabend, dass Chruschtschew bei seinen Amerikareisen die eigentlichen Gegner bei Arbeitern und Gewerkschaften fand. Ihren Fragen wich er aus: «Sie wollen mich beleidigen, ich kann ja gehen.» Dagegen konnte er vorzüglich mit den Unternehmern reden, die mit ihm Geschäfte machen, Kapitalisten mit dem Staatskapitalisten.

Selbsttäuschungen des Westens über die totale Herrschaft

Wir dürfen uns nicht täuschen über die elementare Gewalt der totalitären Drohung. Die Ähnlichkeiten durch den gemeinsamen Kapitalismus, durch die technischen Arbeitsmethoden, durch die Betriebsorganisation, durch die Bürokratie, heben den entscheidenden Unterschied nicht auf: im Westen die Freiheitschance durch vielfache Planungen innerhalb des unüberschaubaren offenen Ganzen; im Osten die Preisgabe der Freiheit an die zentrale Planung des geschlossenen Ganzen.

Gewaltig ist die Kraft des Glaubens bei Kommunisten, das Mass der willig auf sich genommenen Opfer und die Todesbereitschaft. Die Gläubigen sehen nicht die totale Herrschaft, sondern das Mysterium. Täuschen wir uns nicht über die Macht des Absurden? Als Ende der zwanziger Jahre ein Russe — damals kamen noch vereinzelte russische Studenten nach Heidelberg — die Selbstkritik der freien Welt hörte, die ich dann in meiner «geistigen Situation der Zeit» 1931 veröffentlichte, bedankte er sich: Es ist alles wahr, was Sie sagten, — es sind Eure Probleme, — bei uns in Russland haben wir sie alle gelöst.

Wir dürfen uns nicht verschleiern die Radikalität des totalen Herrschaftsprinzips, das durch jenen Glauben sich rechtfertigt. Der Gegensatz zur Freiheit ist politisch unlösbar.

Wir sehen nicht klar genug den Wesensunterschied der Ausbildung in Naturwissenschaft, Technik, Medizin von der Ausbildung im Geiste des Abendlandes. Die unterentwickelten Völker finden die Ausbildung in Russland verknüpft mit der gründlichen für immer prägenden Schulung im Marxismus. Wir gewähren ihnen dieselbe naturwissenschaftliche Ausbildung aber ohne dass sie (mit sehr wenigen Ausnahmen) Religion, Philosophie, Geisteswissen-

Zum gleichen Thema, der Notwendigkeit des Primats der Politik gegenüber der Wirtschaft zitieren wir eine weitere Stimme, die diesmal zu einer Frage von konkreter Aktualität Stellung nimmt. Es handelt sich um die westlichen Rohrexporte zum Ausbau der Comecon-Pipelines.

Mit Protesten und Drohungen kämpft die sowjetische Handelsmission in der Bundesrepublik um eine unverminderte Fortführung der zugesagten westdeutschen Röhrenexporte in die Sowjetunion. Bisher ist nichts weiter geschehen, als dass die Bundesregierung vor den Weihnachtsfeiertagen eine Genehmigungspflicht für Röhrenlieferungen in den Ostblock einführte; eine Liefer sperre, wie sie die nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft aus guten Gründen allen Mitgliedstaaten nahegelegt hat, scheint zumindest für das Jahr 1963 noch in verhältnismässig weitem Feld zu liegen. Dennoch reagiert die sowjetische Seite bereits nervös, denn der Ostblock ist, wie man weiß, trotz der Zunahme seiner eigenen Röhrenfertigungskapazität nach wie vor auf westliche Lieferungen angewiesen.

Wie immer der Röhrenhandel ausgehen mag, so ist er in jedem Falle ein Symptom für die zunehmend klarere Einsicht der westlichen Handelspartner der Sowjetunion in die Natur der Wirtschaftsvereinbarungen mit kommunistischen Staaten. Die früher verbreitete westliche Mentalität, den Handel mit dem Ostblock, in welchen Gütern auch immer, ohne Rücksicht auf gesamtpolitische Nachteile zu führen (über die einst Lenin nicht genug spotten konnte), lässt immer mehr nach. Sie ist dort, wo Exporte wichtiger Güter von West nach Ost noch immer forcier werden — also vor allem in Grossbritannien —, schon mehr oder weniger zu einer Trotzhaltung wider die bessere Einsicht geworden. Dieser psychologische Umschwung erlaubt es, bei den Erwägungen über Nutzen oder Schaden der Fortführung bestimmter wirtschaftlicher Vereinbarungen mit kommunistischen Partnern von dem Prinzip des «Alles oder nichts» und des «Alle oder niemand» ruhig abzusehen. Wenn bei einer naheliegenden und als notwendig erkannten handelspolitischen Beschränkung nicht sofort alle westlichen Handelspartner des Ostblocks gleichzeitig und in voller Stärke «mitziehen», so ist das kein Grund, von ihr abzusehen. Die Einsicht über den Primat der Politik wächst nicht überall gleichmässig schnell, aber sie wächst immerhin. Dass sie gerade auf deutscher Seite schon so weit gediehen ist, liegt schliesslich nur an der unmittelbaren Nachbarschaft zu einem kommunistischen System, das zu stärken nahezu jedermann in diesem Lande als besonders widersinnig, gefährlich und verderblich erkennt. Der Interzonengeschäft mit dem Sowjetzonengen — gleichgültig ob im Austauschwege oder auf Kredit abgewickelt — ist eine gute Lehre, dass bei jedem wirtschaftlichen Austausch mit einem kommunistischen Partner zuvorderst die politischen Konsequenzen zu bedenken sind.

(«Frankfurter Allgemeine Zeitung», Frankfurt, 7. Januar 1963)

schaften, Freiheit des Abendlandes suchen oder verstehen.

Verkennen wir die Kraft der Lüge, die Kraft nicht der halben, die im Westen verbreitet ist, sondern der ganzen Lüge? Die Welt hat Respekt nur vor dieser und vor der Gewalt.

Unterliegen wir einer Täuschung über das Mass der heute schon zu erwartenden Vernunft in der Welt und einer Täuschung über das Mass unserer eigenen Vernunft?

Rettung durch den Primat der Politik

Wir haben ein gewohntes Sicherheitsgefühl des gemeinsamen Daseins in den Staaten, Unternehmungen, Arbeitsmöglichkeiten, Versicherungen. Wohl haben wir manchmal das unheimliche Bewusstsein, so könne es nicht weitergehen. Schieben wir es allzu leicht beiseite?

In der Unsicherheit durch die vernunftwidrigen Kräfte ist es notwendig, dass wir insgesamt zusammenhalten. Die besondern Angelegenheiten müssten im Blick auf die Situation des gesamten Abendlandes behandelt werden. Lassen wir unseren vergleichsweise kleinen Streitigkeiten unter uns allzu frien Lauf?

Es handelt sich um Politik. Was kann sie zur Rettung der Freiheit leisten? Das Entscheidende: der Primat der Politik vor der Wirtschaft müsste wiederhergestellt werden.

Der Marxismus behauptet die Abhängigkeit aller Dinge von der Wirtschaft. Die totalitäre Herrschaft sieht frohlockend, dass das in der freien Welt stimmt. Sie selber aber gibt der Politik uneingeschränkt den Vorrang, stellt die Wirtschaft in deren Dienst.

Der Westen vertraut den Wirtschaftsverkehr den privaten Interessen an. Er meint, maximale Blüte des Wirtschaftslebens bedeute schon politische Macht. In Umkehrung des Notwendigen stellt er nicht selten die Politik in den Dienst der Wirtschaft.

Im Verkehr mit der totalitären Welt stehen sich als Partner der freie Unternehmer und der totalitäre Staat, privates Wirtschaftsinteresse und politisch gelenktes Interesse gegenüber.

Da die freie Welt sich nur in Gemeinschaft behaupten kann, nicht durch die zerstreute Kraft einzelner Staaten, so würde zur Solidarität gehören, dass der Wirtschaftsverkehr mit der totalitären und neutralistischen Welt sich im politischen Interesse der Gesamtheit der freien Welt vollzöge. Die abendländische Wirtschaft würde ein Ganzes werden aus Freiheit, wie sie im Osten ein politisch handelndes Ganzes ist durch Zwang. Die Wirtschaft, die ohne Blick auf die Forderungen der Politik, unabhängig von ihnen handelt, ist ein Faktor politischer Schwäche.

Die Geschäfte mit den totalitären Staaten haben in den letzten fünfzehn Jahren ihnen zu ihrem grossen technischen Aufschwung mitgeholfen. Durch den wirtschaftlichen Verkehr mit ihnen haben wir die Kräfte deren gestärkt, die uns vernichten wollen. Erlauben Sie mir, versuchsweise die Folgerungen zu ziehen. Man könnte denken: Die freie Welt würde, entschlossen zu ehrlicher Koexistenz, zunächst auf Wirtschaftsverkehr mit totalitären Staaten verzichten, dagegen einen Austausch wünschen in Nachrichten und Reisen, in Literatur, Kunst, Musik, Theater, Wissenschaft. Die Koexistenz würde ehrlich als das Nebeneinander nicht im Materiellen sich be-

rührender und nicht mit Waffen kämpfender Staaten sein, und nicht das Schwindelwort zur Verschleierung des kalten Krieges. In dieser Koexistenz könnte der geistige Kampf ohne Gewalt und ohne Zensur (die selber Gewalt ist) stattfinden. Und es fände die freie Konkurrenz des Daseins der in sich geschlossenen Wirtschafts-, Staats-, Lebensverfassungen statt, die die Welt sehen und vergleichen kann. Diese Koexistenz würde so lange dauern, bis der Wille zur Gemeinschaft in Wahrhaftigkeit, und nicht der Wille zur Weltoberwerbung aus einer gewandelten, nicht mehr totalitären Welt zu uns sprechen, und bis — nicht weniger wichtig — wir selber in uns eigentlich frei geworden sind. Bis dahin gibt es einen diplomatischen Verkehr, beschränkt auf Höflichkeit und auf die Einrichtung des geistigen Austausches.

Den vielen Staaten gegenüber, die weder totalitär noch innerlich frei, noch mit uns solidarisch sind, würde die freie Welt nicht das Buhlen um sie, im Kampf mit den Russen und Chinesen, fortsetzen. Das wäre vergeblich gegenüber Staaten, die den hohen geschichtlichen Neutralitätsgedanken in ihren opportunistischen und unzuverlässigen Neutralismus verkehren. Sie gebärden sich den von ihnen sogenannten Blöcken gegenüber als sittlich überlegene Parteilosigkeit. Sie erringen von beiden, sie gegeneinander ausspielend, Vorteile, vom Westen viel grössere als vom Osten. Heimlich respektieren sie nur die überlegene Gewalt des Totalitären. Zum Westen haben sie das Vertrauen, dass er sich alles gefallen lässt und dennoch weiter hilft. Den sich verströmenden Westen machen sie zum Gegenstand ihrer Ausbeutung.

Wenn dieser Westen zu geschlossener Selbstbehauptung gelangen und sich innerhalb seines Bereiches auf die Solidarität aller verlassen könnten, dann würde er bereit bleiben zu Verträgen mit den chaotischen Staaten der chaotischen Welt, hilfsbereit, aber wahrhaftig und sachlich und nüchtern, auf dem gemeinsamen Boden von Vertragstreue und der Gesinnung der ehrlichen Wirtschaftlichkeit und Arbeitswilligkeit. Aber sie wäre nicht bereit, diese Staaten, die geistig hilflos vielleicht der totalitären Herrschaft verfallen, als Werkzeug zu stärken, die sich gegen uns wenden werden. Private Wirtschaftsinteressen ohne Rücksicht auf Politik verfolgt, graben der politischen Freiheit und damit sich selbst das Grab.

Gegenüber der bewunderungswürdigen politischen Konsequenz der totalitären Staaten würde der eigene politische Standort gewonnen. Er würde nicht mehr ständig abrücken.

Diese Politik wäre die der Zeit des Uebergangs, bis alle Staaten am Ende sich aus Freiheit der Freiheit anschliessen.

Solche Vorstellungen sind heute noch uto-pisch. Denn sie setzen voraus die freie Welt als eine wachsende innere Freiheit, ihre Solidarität, die wirtschaftlich nach aussen bewusst gemeinsam handelt, die Preisgabe der Fiktionen, wie zum z. B. der abstrakten demokratischen Ideologien, des freien Weltmarktes als absoluten Wertes vor aller Politik. Nur kraft einer Verbundenheit, die noch nicht da ist, könnte der Westen eine rettende Politik wagen, die zwar dem Gedanken so nahe liegt, aber der Realität noch so fern ist.

Ich kann die triumphierenden Worte Hitlers nicht vergessen, die er der Demokratie

in einer Koblenzer Rede nachrief: «Ich habe sie mit ihrem eigenen Wahnsinn geschlagen». Sollte der Augenblick kommen, in dem die Herrscher totaler Regime angesichts der vernichteten Freiheit des Westens dasselbe sagen?

Auch vergesse ich nicht, was Churchill in höchster Not, zu spät, 1940 vorschlug: Alle Engländer und Franzosen Bürger eines Staates; und nicht seine Zürcher Europarede 1947. Wohin ist all das heute!

Manche aber denken: Wozu die masslosen Sorgen, wozu die Utopien! Die Dinge gehen einen andern, ganz einfachen Weg, wie er immer war. Der Atomkrieg wird nie kommen, denn die Staatsmänner überall haben das Minimum von Vernunft, ihn nicht zu beginnen. Wirtschaftlich wird es Rezessionen, doch keine Katastrophen geben, denn die Wirtschaftswissenschaft ist heute so weit, sie verhindern zu können. Also dürfen wir ruhig sein. Unheil gab es immer. Aber wie die Natur in ihrer Herrlichkeit ständig neu ersteht, so der Mensch. Vertrauen wir auf die Menschen wie sie sind und waren und immer sein werden überall in der Welt.

Diese Denkart: Glaube, der nicht eigentlich glaubt, — Skepsis, die zwar viele Realitäten, aber nicht die Wirklichkeit sieht, — Beruhigung, die sich an entscheidenden Stellen blind macht, — Gemütlichkeit, die nichts recht ernst nimmt — scheint mir das Verderben. Sie ist ohne Grösse des Willens, ohne Adel der Gesinnung, ohne Offenheit für Transcendenz. Ihr fehlt die Erschütterung bis in den Grund, dem erst das eigentliche Menschsein entspringt.

Freiheit durch Bindung

Auch in der Wirtschaft gilt: Die Rettung der freien Welt kann entscheidend nur von innen kommen. Der Mensch muss bewähren, ob er frei sein kann. Bindet Freiheit nicht sich selbst, so wird sie vernichtet durch Zwang von aussen.

Wenn das Privatinteresse gegen das Gemeininteresse sich durchsetzt, die Konkurrenz der Interessen die Konkurrenz der Leistung verfälscht, dann kann die freie Wirtschaft nicht dauern. Sie kann sich nur behaupten, wenn die Menschen ihrer eigenen Freiheit Grenzen setzen. Gemeinschaft stiftende Freiheit würde vielleicht der Inflation ein Ende setzen. Dann würde sie beweisen, dass sie auch hier mehr vermag als der Zwang der totalen Herrschaft.

Das Verhängnis der Wirtschaft liegt in ihr selber, wenn sie sich hemmungslos ihren Eigengesetzlichkeiten überlässt. Und es liegt in der Politik, wenn deren Gewalt sie eines Tages wegwischt und totalitär neu gestaltet.

Die **Freiheit** der Wirtschaft dagegen liegt in ihrer Selbstkorrektur durch das übergeordnete Ethos. Und sie liegt in der Bevölkerung, sich im Kampf um die Freiheit der Politik unterzuordnen.

Das **Schicksal** der Wirtschaft aber erwächst der Macht, die es zulässt, dass die Freiheit dem von ihr selbst verschuldeten Verhängnis erliegt, oder die ihr vergönnt, dieses Verhängnisses Herr zu werden. Der Wille der Freiheit wagt sich angesichts der Möglichkeit, in der Welt vergeblich zu sein. Er vertraut, dass er sein und für sich kämpfen soll. Es gibt keine Garantie für seinen Erfolg, aber die unerschütterliche Hoffnung.

Die Frage an uns selbst

Die Weltsituation stellt die Frage: Wird das Ethos der Freiheit uns durchdringen und damit verbinden? Werden wir, statt blos den leistungsfähigen Verstand zu haben, die mächtige Vernunft gewinnen, die des Verstandes sich bedient, ihn aber überwindet, ohne ihn zu verlieren?

Der Feind in uns selbst ist schlimmer als der von aussen. Wenn wir diesen Feind in uns besiegen, kann der von aussen uns nicht überwältigen.

Der Selbstbehauptung können wir nur vertrauen, wenn wir wirklich zur eigenen Freiheit gelangen. Die innere Umkehr — von den einzelnen Menschen immer wiederholt — erzeugt den existentiellen Grund der politischen Freiheit. Ohne ihn wäre sie ein Kartenspiel.

Wir können denken: Die Gefahr von aussen mit der Drohung unseres Unterganges sollte unsere Freiheit gleichsam zwingen, sich aufzuraffen. Wir sollen nicht versinken in dem Sumpf, der zugleich mit der Freiheit durch ihren Missbrauch gewachsen ist. Ohne das Bewusstsein, die Fluten des Totalitären seien uns bis an den Hals gestiegen, würden wir vielleicht der Trägheit des Herzens, den banalen Nichtigkeiten, den Halbheiten, der Selbstausschüttungen romantischen Zauber, den Unwahrhaftigkeiten, dem sogenannten Glück erliegen.

Aber ein Philosoph kann nicht Prophet sein. Er muss sich bescheiden.

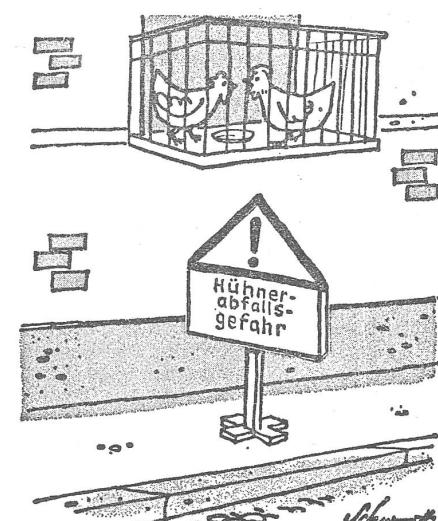
Denn leicht und schnell ist der Gedanke, schwer aber ist und unendliche Geduld fordert der Umgang mit der Wirklichkeit.

Der Schnapschuss

Für einen Ball des «Sozialistischen Jugendbundes» (Jugendabteilung der Partei) in Warschau beträgt das Eintrittsgeld 50 Zloty. In Anbetracht des Durchschnittslohnes von 1500 Zloty pro Monat wird den jungen Angehörigen der neuen Klasse ein hübsches Einkommen zugetraut.

Von 900 Mitgliedern der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) im ungarischen Mor sind 300 pensioniert. («Neue Zeit», Budapest.)

Ist der dumme Mensch ein Fluch? — An sich nicht. Wenn er nur nicht immer Funktionär wäre! («Nepszava».)



Budapester Verkehrslage. («Ludas Matyi».)

geisteskrank, 30 andere schulpflichtige Kinder wurden von der Sekte körperlich und geistig schwer geschädigt. 17 von ihnen leiden an nervösen Störungen, drei an Schizophrenie, vier an Tuberkulose. Als die Kindsmisshandlung bekannt wurden, verlangte die Bevölkerung den Schutz der Kinder.» («Vorwärts», 18. Januar)

Nun stelle man sich erstens vor, der Sachverhalt treffe zu, zweitens, ein ähnlicher Fall hätte sich in der Schweiz abgespielt, und drittens stelle man sich vor, was der «Vorwärts» zum Staat zu sagen gehabt hätte, in dem so etwas vorkommen könnte. Es braucht nur diese kleine Phantasieübung, um inne zu werden, welchen «Bärendienst» die sowjetische Agentur ihrer Sache im kapitalistischen Ausland erwiesen hat. Oder hätte sich der «Vorwärts» nur in der Placierung des Textes geirrt, der für die niedliche Rubrik «Die Dummheit der Woche» vorgesehen war?

Allerdings besteht ja kein Anlass, der von «Novostix» anscheinend nur im Ausland verbreiteten Version Glauben zu schenken. Wem die Tatsache der Sektenverfolgung nicht evident genug ist, kann sie anhand von Quellen feststellen, die auch ein Kommunist nicht als westliche Verleumdung bezeichnen kann: die sowjetischen Strafgesetze und ihre Auslegung in der offiziellen Rechtsliteratur. Zum Thema «Sekten» war etwa in der «Sowjetskaja Justicija» Nr. 22/1962 zu lesen:

«Einige Religionsbekenntnisse erniedrigen die Menschen, berauben sie ihrer Freiheit und verbieten den Staatsbürgern von ihren verfassungsmässig garantierten Rechten Gebrauch zu machen. Es wird in vielen Religionsbekenntnissen zum Beispiel verboten, mit Nichtgläubigen oder Anhängern anderer Religionen eine Ehe zu schliessen, ins Kino, Theater, Klub zu gehen, Radio zu hören, sowjetische Bücher, Zeitungen und Zeitschriften zu lesen. Ziel ist es, dem positiven Einfluss der sowjetischen Wirklichkeit vorzubeugen. Den Kindern wird es öfters verboten, der Pionierorganisation beizutreten usw. Es kamen Fälle vor, dass die Eltern — Angehörige der „Fünfziger-Sekte“ — ihren Kindern die Pionier-Krawatte entrissen und diese mit den übrigen Pionierabzeichen verbrannten ...»

Einige Sekten verbieten den Gläubigen die Ausführung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten, den Versammlungen, Kundgebungen beizuwohnen, den Gewerkschaften beizutreten, an den Wahlen teilzunehmen usw. Die Zeugen Jehovas, die Fünfziger und die Sekte der „echten“ pravoslawen Christen verbieten den Militärdienst. Einige Sektenführer erklären sogar die Arbeit in Betrieben, Kolchosen usw. als eine gegen Gott gerichtete Tätigkeit und ihre Anhänger aufforderten, einen parasitischen Lebenswandel zu führen. Alle oben angeführten Handlungen sind im Sinne von Artikel 227 zu bestrafen (des StGB der RSFSR). Das Delikt ist vorhanden, wenn Aufwiegelung der Gläubigen begangen wurde; das Eintreten des beabsichtigten Erfolges ist nicht erforderlich. Das Delikt kann sowohl vorsätzlich als auch ohne Vorsatz begangen werden. Wenn die Tätigkeit eines sogar gesetzlich bewilligten Glaubensbekenntnisses gegen Persönlichkeit, Freiheit, Gesundheit usw. der Staatsbürger gerichtet ist, müssen die Organisationen schon im Sinne des Artikels 227 bestraft werden. Eltern und andere Personen sollen im Sinne des Artikels 227 wegen

Einschaltung der Kinder in die erwähnten Sektentaten bestraft werden. Dabei ist es unerheblich, ob die Kinder durch Zwang oder Geschenke usw. in die Sekte verlockt wurden. Der Strafsatz besteht in Freiheitsentzug (oder Deportation) bis fünf Jahren mit oder ohne Vermögenskonfiszierung.»

Die allfällige Militärdienstverweigerung der Zeugen Jehovas scheint also als Grund ihrer Unterdrückung nach sowjetischen Quellen sehr viel wahrscheinlicher als Geschichten von Kindsmisshandlungen, die in der sowjetischen Propaganda traditionellerweise andern Sektentaten vorbehalten sind.

Was die «Angriffe auf die Gesundheit» angeht, so sei immerhin daran erinnert, dass die sowjetische (und bulgarische) Presse in den letzten Jahren eine grosse Kampagne gegen die «gesundheitsschädlichen Wirkungen» des mohammedanischen und jüdischen Fastens geführt haben. Fasten, Ausübung minimalster Elternrechte usw., sind also Verbrechen.

Aber für die Auslandsberichterstattung eignen sie sich anscheinend weniger gut als Kindsmisshandlungen von grossem Ausmass und entsprechender Dauer. Trotz der Bumerangwirkung auf Staat und System.

Lebenshaltung

Ostblock

Preisbewegungen

Die Preisbewegungen in verschiedenen Volksdemokratien (eine Erscheinung, die es nach kommunistischer Planwirtschaftslehre nicht geben sollte) halten an.

Die ab 1. Januar 1963 in der CSSR eingeführten «Preiskorrekturen» (siehe KB, Nr. 2) entfalten sich — wie erwartet — als Preiserhöhungen, die sogar bei den Lebensmitteln nicht halt gemacht haben. So wurden die Preise der Hülsenfrüchte, Konditoreiwaren und von Kaffee (von dem nunmehr eine Einheitssorte verkauft wird) erhöht. Die Zwiebelpreise hat man schon Ende 1962 erhöht. Auch die Kühlchränke sowie die Ersatzteile und der Zubehör für Kraftfahrzeuge werden teurer. Neben den obengenannten Preissteigerungen sind auch noch weitere zu erwarten.

In Ungarn hat der Staat seinen Zwischenhandelsgewinn vergrössert: Die Regierung hat die Aufkaufspreise für Schlachtgeflügel (Hühner und Enten) um 1,4 Forint pro Kilo herabgesetzt, da sich nach ihren Berechnungen die Selbstkosten seit der letzten Preisregelung (1959) um den gleichen Betrag vermindert hätten. Die diesbezüglich veröffentlichte amtliche Kalkulation wirkt nicht überzeugend, denn sie beruht auf solchen optimalen Voraussetzungen, die bei den meisten Produzenten nicht vorhanden sind. Es handelt sich vielmehr um eine in der kommunistischen Wirtschaftspolitik übliche Erscheinung, wonach beim Anlauf einer gewissen Produktion vom Staat gute Preise und andere Begünstigungen angesetzt werden, um nachher, wenn die Produzenten die Investitionen bereits getätigt haben und die Erzeugung in Schwung gekommen ist, die Aufkaufspreise wieder herabzusetzen, um den Gewinn abzuschöpfen. Es ist bezeichnend, dass dagegen die vom Staat verlangten Einzelhandelspreise parallel keine Ermässigung erfahren haben.

In Jugoslawien haben sich laut offizieller Mitteilung die Lebenshaltungskosten 1962

gegenüber 1961 um weitere 10 Prozent erhöht. Bei den einzelnen Posten ergaben sich folgende Preiserhöhungen: Zwiebeln, Weissbohnen, Kartoffeln, Eier, Butter sowie andere Agrarprodukte = 16 Prozent. (Die durchschnittliche Erhöhung bei den Lebensmitteln betrug 12 Prozent.) Industrieprodukte = 5 Prozent, Dienstleistungen = 7 Prozent. Der Zuwachs der Reallöhne ist demgegenüber weit zurückgeblieben.

(Zum generellen Lohn- und Preisvergleich im Ostblock siehe Tabelle KB, Nr. 51, 1962.)

Wirtschaft

Ostblock

Ein Comecon-Traktor

Die Produktionsspezialisierung innerhalb der Comeconländer (siehe KB, Nr. 2) ist um einen weiteren Schritt vorwärtsgekommen.

An der letzten Sitzung des Rates für Gegen seitige Wirtschaftshilfe in Bukarest wurde die Fabrikation des von der Budapest Traktorenfabrik «Vörös Csillag» («Roter Stern») entwickelten Allradtraktors «D-4 K» Ungarn zugewiesen.

Im vergangenen Jahr erzeugte die Traktorenfabrik 400 Traktoren dieses Typs, die Produktion soll 1963 auf 1400 Stück erhöht werden, von denen 600 für den Export bestimmt sind.

Der Rekonstruktionsplan der Fabrik, der die Umstellung der Produktion ermöglichen soll, befindet sich in Ausarbeitung. Voraussichtlich wird die Umstellung innerhalb von drei bis vier Jahren abgeschlossen werden, so dass dann die Serienproduktion von 8000 bis 10 000 Stück «D-4 K»-Traktoren anlaufen könnte.

Die Comecon-Spezialisierung hat mit ihren Erfolgen oder Misserfolgen nicht nur Auswirkungen auf den zwischenstaatlichen Verkehr im Ostblock, sondern auch auf die internen Verhältnisse. Die Produktionsumstellung wirkt auch verschiedene soziale Fragen auf. Was unsere Zeichnung aus Budapest («Nepszabadság», 13. Januar) illustriert, ist allerdings schon ein Spezialfall. Allerdings, so absonderlich ist er anscheinend auch wieder nicht, denn dem Leser wird ohne weiteres zugemutet, aus dem Bildchen und dem zugehörigen Dialogtext klug zu werden. Er nimmt Bezug auf die «Selbstversorgung» der Arbeiter an allerhand Bestandteilen, die dann gewinnbringend zusammengesetzt und verkauft werden sollen. Die Geläufigkeit des Themas «Diebstahl am sozialistischen Eigentum» ist immer wieder aus den Ostblock-Karikaturen ersichtlich (siehe z.B. KB, Nr. 13 und 25, 1962).

RGW-Spezialisierung

Was soll ich nur machen? Unsere Fabrik hat die Herstellung von Motorräden aufgegeben und spezialisiert sich nun auf landwirtschaftliche Maschinen.

